

Pressedienst
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Osnabrück
Bierstr. 28
49074 Osnabrück
Tel.: 0541 / 323-3130



PRESSEMITTEILUNG vom 25.05.2020

Land bleibt hart: Ehrenamtliche Sprachförderung wird nicht mehr gefördert

GRÜNE: „Diese Missachtung des Ehrenamtes ist in der Sache falsch“

Die GRÜNE Ratsfraktion zeigt sich enttäuscht von der Absage vom Bund und vom Land, das Förderprogramm des Landes für die ehrenamtlichen Sprachkurse für Geflüchtete fortzusetzen. Der Rat hatte im Februar um Fortsetzung des Landesprogramms gebeten. „Das ist ein herber Rückschlag. Wir hatten die Hoffnung, dass unser einstimmig beschlossener Appell, der ja auch von den Landtagsabgeordneten von CDU und SPD mitgetragen wurde, ein Nachdenken in Hannover auslösen könnte. Stattdessen diese Abfuhr. Das ist eine grobe Missachtung des ehrenamtlichen Einsatzes für die bessere Integration der Geflüchteten“ erklären der Fraktionsvorsitzende, Volker Bajus, und die sozialpolitische Sprecherin, Anke Jacobsen.

Schließlich sei Sprache der Schlüssel für erfolgreiche Integration und ein friedliches Zusammenleben. Von den Kürzungen ist unter anderem der Verein „Solidarisches Osnabrück“ betroffen. Dieser betreibt seit 2015 eine Sprachschule im Erich Maria-Remarque-Flüchtlingshaus und auch das Programm „Freizeit für Flüchtlingskinder“, das der Verein Exil in der Landesaufnahmeeinrichtung durchführt, ist betroffen.

Die Initiativen hatten sich in einem alarmierenden Appell an die Ratsmitglieder gewandt und auf die Streichung der Mittel hingewiesen. „Wir hatten gehofft, der Ratsbeschluss könne helfen, aber die Sozialministerin Reimann (SPD) ist leider hart geblieben“, bedauert Bajus, der auch sozialpolitischer Sprecher der GRÜNEN im Landtag ist. Offensichtlich habe sie sich nicht gegen die Kürzungspläne des CDU-Finanzministers durchsetzen können.

Dass in der Begründung auf die sinkenden Flüchtlingszahlen verwiesen wird, ist für die GRÜNEN widersinnig. Man habe mit inzwischen über 4500 Geflüchteten in Osnabrück nicht weniger, sondern aktuell einen Höchststand erreicht. Es kämen nur kaum noch neue dazu.

„Nach wie vor stehen wir vor der Aufgabe der Integration. Und das ist ein Dauerlauf, kein Sprint. Wir sind daher dankbar für alle, die hierbei ehrenamtlich helfen. Dass eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung das offensichtlich anders sieht, verwundert sehr“, so Jacobsen.

Die GRÜNEN verweisen darauf, dass es sich um relativ kleine Fördersummen handelt. Die Zuschüsse würden für Lernmaterialien und zur Unterhaltung des Treffpunktes und des Betreuungsprogramms für Kinder gebraucht. „Hier wird mit wenig Geld sehr viel erreicht. Durch den ehrenamtlichen Einsatz vervielfacht sich der Nutzen. Aber ohne diese Mittel kann diese wertvolle Arbeit nicht weitergeführt werden“, so Bajus.

Alarmierend ist für die GRÜNEN, dass im Brief angedeutet wird, dass das Land auch erwägt, die Mittel bei der hauptamtlichen Flüchtlingssozialarbeit zu kürzen. So heißt es in dem Brief der Sozialministerin dazu lapidar: „Das Ergebnis der Haushaltsberatungen für 2021 bleibt abzuwarten“. „Damit geraten jetzt weitere Bausteine der Integrationsarbeit in Gefahr. Das wäre fatal. Wir dürfen jetzt nicht zuschauen, dass die überaus erfolgreiche Flüchtlingssozialarbeit Osnabrücks gefährdet wird“, teilt Jacobsen abschließend mit.